„So nicht, Frau Warken!“

Spargesetz überschattet Frühjahrsfest in Berlin

Das von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken initiierte GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) überschattete auch das Frühjahrsfest der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) Anfang Mai in Berlin. Unter den Gästen war auch Gesundheitsstaatssekretär Tino Sorge (CDU) – und der durfte sich einiges anhören.







Die bayerischen Zahnärzte waren auf dem Frühjahrsfest der KZBV vertreten durch Dr. Jürgen Welsch, VV-Vorsitzender der KZVB (Abb. 1, 2. v. r), den BLZK-Präsidenten Dr. Dr. Frank Wohl (Abb. 2, 2. v. r.) sowie Dr. Axel Wiedenmann, Mitglied der VV der KZBV (Abb. 3, 2. v. r.).

Die Zahnärzteschaft gehöre nicht zu denen, die Reformvorhaben grundsätzlich ablehnen, betonte KZBV-Vorstand Martin Hendges in seiner Rede. Die KZBV habe der von Warken eingesetzten Finanz-Kommission Gesundheit entsprechende Vorschläge unterbreitet. Allen sei bewusst, dass aufgrund der prognostizierten Defizite der GKV, steigender Zusatzbeiträge und des demografischen Wandels grundlegende strukturelle Reformen nötig seien. Dem vorgelegten Regierungsentwurf für das Beitragssatzstabilisierungsgesetz erteilte Hendges jedoch eine Absage: „Weder ist die Diagnose für die vertragszahnärztliche Versorgung valide, noch die daraus abgeleitete Therapie richtig“.

Enttäuschend sei vor allem, dass die Präventionserfolge der letzten Jahre nicht gewürdigt werden. Es sei schließlich „den großen Bemühungen der Zahnärzteschaft zu verdanken“, dass Krankheitslasten rückläufig sind und dadurch Kosten gesenkt werden, stellte Hendges klar und wies auf die vielen neuen Versorgungskonzepte hin, unter anderem auch für vulnerable Patienten oder für die neue Paro-Behandlungsstrecke. Hendges kritisierte zudem die neuerlich geplanten Kostendämpfungsmaßnahmen, bei denen dringend Nachbesserungsbedarf bestehe. Allein die geplanten Abschläge von einem Prozentpunkt auf die Grundlohnrate in den Jahren 2027 bis 2029 auf die Punktwerte führten zu den im Bericht der Kommission errechneten Sparbeträgen.

Der Fachzahnarztvorbehalt in der Kieferorthopädie sei „grob fahrlässig“. Auch der Vorschlag eines Pauschalvergütungssystems lasse einen evidenzbasierten Ansatz vermissen und greife in eine etablierte Vergütungsstruktur ein. Versorgungsengpässe wären dann die unvermeidliche Folge.

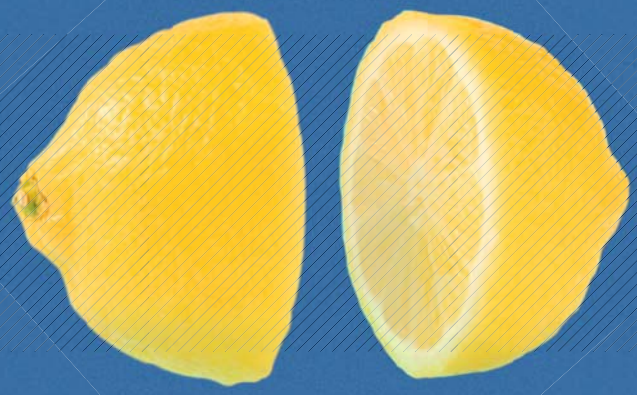
KZBV-Vorstand Martin Hendges erwartet, dass „die von uns gelieferten Daten und Fakten dazu führen, dass jetzt im parlamentarischen Verfahren entsprechende Änderungen im Gesetzentwurf vorgenommen werden“. Der Expertenkommission bot er für ihren nächsten Bericht die Expertise der Zahnärzteschaft in Sachen Prävention an.

Dr. Jürgen Welsch, der zusammen mit Dr. Dr. Frank Wohl und Dr. Axel Wiedenmann die bayerischen Zahnärzte in Berlin vertrat, fasst seine Sichtweise auf das BStabG wie folgt zusammen: „Statt struktureller Reformen fährt man erneut mit dem Rasenmäher über alle Leistungsbereiche und gefährdet dadurch die flächendeckende Versorgung. So bitte nicht, Frau Warken!“

Redaktion

ANZEIGE

Vitamin C für Ihr Marketing!



© Getty Images – unsplash.com

ZWP Designpreis 26

Deutschlands schönste Zahnarztpraxis

JETZT bis zum 1.7.26 bewerben!

Mehr Sichtbarkeit gefällig?

Machen Sie mit! Und pushen Sie Ihr Praxismarketing.



Plakat: © Dr. Niels Hoffmann | Bild: © GraphyPix – stock.adobe.com

Citylight der Designpreis-Gewinnerpraxis 2019 aus Leipzig: moderndentistry.

OEMUS MEDIA AG

Holbeinstraße 29 · 04229 Leipzig · Deutschland · Tel.: +49 341 48474-0 · info@oemus-media.de